

KALININGRAD

Kreml enttäuscht Kanzler

Bei der 750-Jahr-Feier im früheren Königsberg Anfang Juli wird es in der russischen Ostsee-Exklave möglicherweise doch nicht zu einem gemeinsamen Auftritt von Präsident Wladimir Putin und Bundeskanzler Gerhard Schröder kommen. Bei den jüngsten Konsultationen der beiden Politiker in Hannover jedenfalls mied Putin das Thema Königsberg und übergab auch keine Einladung an den deutschen Regierun-

chef. Gouverneur und Behörden im russischen Kaliningrad gehen weiter davon aus, Putin werde das Stadtjubiläum zu einer großen Versöhnungsgeste nutzen und neben Schröder auch die Präsidenten der Nachbarländer Polen und Litauen zum Besuch Kaliningrads bewegen. Details würden am Rande der Gedenkfeiern zum 60. Jahrestag des Kriegsendes besprochen, die am 9. Mai in Moskau stattfinden werden. Über Schröders Teilnahme am Moskauer Gipfel wurde in Hannover ausführlich diskutiert wie auch über die Themenbereiche der für Oktober in Omsk geplanten nächsten Regierungskonsultationen.

Der Umgang mit dem früheren Königsberg „ist für die Russen weiterhin sehr heikel“, erklärte ein deutscher Spitzendiplomat die Zurückhaltung des Kreml, der zudem noch immer die An-



Museumshafen von Kaliningrad

UMWELT

Gift für Weltkulturerbe



Fabrikkomplex am Baikalsee

Sibiriens Touristenattraktion Nummer eins wird weiter als Kloake missbraucht. Den von der Uno zum Weltkulturerbe erklärten Baikalsee verschmutzt ein riesiges Zellulose- und

Papierkombinat aus sowjetischer Zeit. Der Fabrikkomplex entsorgt täglich 120 000 Kubikmeter Abwässer über 40 Meter tief verlegte Rohre unauffällig in den See von der Größe Belgiens, der rund ein Fünftel der weltweiten Süßwasserreserven birgt.

Zu den eingeleiteten Stoffen gehören giftige und schädliche Substanzen wie Schwermetalle, Phenole, Nitrate und Phosphate. Zwar sollte das Unternehmen mit Mitteln der Weltbank auf einen geschlossenen Wasserkreislauf umstellen, doch das Finanzinstitut hat nun den zugesagten Kredit in Höhe von 22,4 Millionen US-Dollar zurückgezogen. Bei einem Kontrollbesuch stuften Weltbank-Experten die unternommenen Schritte zum ökologischen Umbau als unbefriedigend ein. Das Moskauer Ministerium für Naturressourcen versprach bislang folgenlos, es wolle auf den Konzern „einwirken“, damit er „die Gesetze einhält“.

Umweltschützer vermuten dagegen politische Rücksichten der Moskauer Regierung gegenüber den Fabrikeignern. Die Betreiberfirma der 8000 Beschäftigten zählenden Papierfabrik gehört zum Konzern „Basis Element“ des eng mit dem Kreml verbandelten Industriemagnaten Oleg Deripaska.

EUROPA

Solanas dritter Hut

Eine dubiose Sammelaktion beschäftigt den außen- und sicherheitspolitischen Repräsentanten der EU und künftigen ersten Außenminister Europas Javier Solana. In die Bredouille geraten ist der Spanier durch einen Bettelbrief an alle Außenminister der Gemeinschaft und der beiden Beitrittskandidaten Rumänien und Bulgarien: Die Regierungen mögen sich doch finanziell an einem amerikanisch-russisch-europäischen Gemeinschaftsprojekt zur Stärkung der Zivilgesellschaft in der früheren Sowjetunion beteiligen. Für dieses Engagement aber hat Solana, der nach einer Ratifizierung der europäischen Verfassung sowohl zum Vorsitzenden des Außenministerrats als auch zum Vizepräsidenten der Brüsseler Kommission aufsteigt, kein EU-Mandat. Für die Bitte um Spenden, die er im vorigen Jahr abgeschickt hatte, setzte der Spanier gleichsam seinen dritten Hut auf, den des Präsidenten



Solana

mietung geeigneter Diensträume für das deutsche Generalkonsulat in Kaliningrad blockiert.

„Mit unangemessenen Junktims im alten Sowjetstil“, so ein Kanzlerberater, sabotiere das russische Außenministerium weiterhin eine Lösung. Dies befremde umso mehr, da die russischen Liegenschaftsprobleme beim Kauf von Immobilien im Raum Frankfurt inzwischen gelöst worden seien. Gut 15 Monate nach Dienstantritt residiert Generalkonsul Cornelius Sommer noch immer in einem Gästehaus am Rand der Stadt und muss Besucher im Hotelrestaurant empfangen.



Putin, Schröder

der Europäischen Madariaga-Stiftung, die in Brüssels feiner Rue Royale residiert. Die gemeinnützige Stiftung ist eine Art Familienunternehmen. Der künftige EU-Außenminister heißt nämlich mit vollem Namen Javier Solana Madariaga. Der berühmte Literat, Diplomat und Minister im Spanien vor der Franco-Diktatur Salvador de Madariaga war ein Großonkel des Politikers.

Unter dem Briefkopf der Stiftung hatte Solana auch den „Dear Mr. Fischer“ in Berlin gebeten, zugunsten von Menschenrechten, Demokratie, sozialer Entwicklung und Marktwirtschaft in Russland sein Scherflein beizusteuern. Russen und Amerikaner engagierten sich bereits, nun versuche er „zehn Millionen Euro“ aufzutreiben, mit denen „Europas wirkungsvolle Beteiligung an dieser Initiative sichergestellt“ werden könne.

Doch die Europäische Union hat mit der privaten Solana-Mission nichts zu tun. Bei den Kollegen im Ministerrat fing sich der Spanier fast nur Absagen ein. Dass die Abfuhr für den schnorrenden Stiftungspräsidenten Solana die Autorität des künftigen EU-Außenministers Solana beschädigen könnte, will dessen Pressesprecherin allerdings so nicht sehen: „Das sind doch ganz unterschiedliche Angelegenheiten.“



Hisbollah-Kämpfer im Südlibanon

SYRIEN

Abkehr von den Gotteskriegern

Präsident Baschar al-Assad in Damaskus legt sich mit der Führung der libanesischen Hisbollah-Miliz an. Der unerwartete Konflikt zwischen Syriens Staatschef und den von Iran mitfinanzierten Gotteskriegern ist eine Folge innersyrischer Machtkämpfe. Der harte Kern in Partei, Generalstab und Armee versucht zwar weiterhin, Syriens Mitsprache im Nachbarland Libanon durch Tricks und Einschüchterung zumindest teilweise aufrechtzuerhalten; dazu

gehört auch der Versuch, eigene Agenten und Sicherheitskräfte bei der Hisbollah unterzubringen. Doch nach heftigen Auseinandersetzungen konnte sich Staatschef Assad gegen die alte Garde durchsetzen. Der Präsident erhofft sich davon bessere Beziehungen mit den USA. Ein westlicher Diplomat in Damaskus wittert bereits „Morgenluft“ im arg strapazierten Verhältnis zwischen Damaskus und Washington. Die nachrichtendienstliche Zusammenarbeit funktioniere jedenfalls „wie in besten Zeiten“. Die Hisbollah ihrerseits soll bereits Konsequenzen aus Syriens Kurswechsel erwägen und will sich mehr auf ihre Arbeit als Partei im libanesischen Parlament konzentrieren.

ÖSTERREICH

Zittern um die Mehrheit

Die neue Partei des Rechtspopulisten Jörg Haider gefährdet die Regierungsmehrheit von Kanzler Wolfgang Schüssel in Wien. Von den 18 Abgeordneten der einstigen Haider-Truppe Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) im Parlament, dem Nationalrat, sind bisher nur 9 Parlamentarier Haiders Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) offiziell beigetreten – zu wenig, um als alleiniger Partner der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) dem Kanzler eine stabile Mehrheit zu sichern. Seine erste Niederlage mit Haiders neuer Bewegung musste Schüssel bereits zu Beginn vergangener Woche einstecken. Etliche Parlamentarier weigerten sich, dem Kanzler schriftlich zuzusichern, dass sie die Zusammenarbeit mit dem großen Koalitionspartner bis zum Ende der Legislaturperiode im Herbst 2006 fortsetzen werden. Am Donnerstag unterlag die Schüssel-Haider-Koalition bei einer



Kanzler Schüssel

Abstimmung in der Länderkammer Bundesrat knapp mit 30 zu 31 Stimmen. Damit droht Schüssel eine Zitterpartie: Will er seine Kanzlermehrheit retten, muss er wohl mit der neuen Haider-Truppe wie auch mit den FPÖ-Treuen den Schulterschluss suchen.